

---

## IZZ Pressemitteilungen 2001

---

Hier finden Sie unsere Pressemitteilungen 2001

- 21.12.2001 Genehmigung der Fusion von Südzucker und Saint Louis Sucre
- 07.12.2001 Endlich Wettbewerb im Zuckermarkt einführen
- 25.05.2001 EU-Agrarminister verhindern eine Reform
- 03.05.2001 Zur Diskussion um die Zuckermarktordnung
- 11.04.2001 Zur Diskussion um die Verlängerung der Zuckermarktordnung
- 19.01.2001 EU-Agrarpolitik im Zeichen der Zuckerlobby

PRESSEINFORMATION     Bonn, 21.12.2001

Nach Genehmigung der Fusion von Südzucker und Saint Louis Sucre

Zuckerverwender befürchten weitere Zementierung der monopolartigen Strukturen im deutschen Zuckersektor

Nach der nunmehr unter Auflagen von der EU-Kommission genehmigten Übernahme des französischen Zuckerunternehmens Saint Louis Sucre durch die deutsche Südzucker AG fürchten die im InfoZentrum Zuckerverwender (IZZ) zusammengeschlossenen zuckerverarbeitenden Branchen eine weitere Stabilisierung der monopolartigen Strukturen in deutschen Zuckermarkt. Im Zuge der Fusionsgenehmigung hatte die EU-Kommission eine umfangreiche Untersuchung des europäischen Zuckermarktes durchgeführt und scharfe Kritik an der EU-Zuckermarktordnung geübt, die Wettbewerb systematisch verhindert. Die EU-Kommission hatte beklagt, dass sie "einen organisierten Nicht-Wettbewerb nach wettbewerbsrechtlichen Maßstäben beurteilen musste".

Aus Sicht des IZZ ist eine unverzügliche Reform der EU-Zuckermarktordnung notwendig, spätestens im Rahmen des Midterm Review 2003. Ziel einer grundlegenden Reform müsse es sein, endlich Wettbewerb im Zuckermarkt einzuführen. Das InfoZentrum Zuckerverwender sieht als Kernelemente eines Reformansatzes die Preissenkung für Weißzucker und die Absenkung des EU-Außenschutzes an.

Das IZZ kritisiert - ebenso wie jetzt die EU-Kommission - schon seit langem den fehlenden Wettbewerb im Zuckermarkt und die daraus resultierenden hohen Zuckerpreise, die für die Zuckerverwender einen erheblichen Wettbewerbsnachteil bedeuten und in zunehmendem Maße Arbeitsplatzabbau und Arbeitsplatzverlagerung bei zuckerverarbeitenden Unternehmen in Länder außerhalb der EU zur Folge haben. Die starre Marktordnung hat die Entstehung regionaler Liefer- und Angebotsmonopole begünstigt. Der EU-Binnenmarkt findet im Zuckermarkt so gut wie nicht statt, da sich bei einem EU-weit einheitlichem Interventionspreis ein grenzüberschreitender Transport vermeintlich nicht mehr lohnt.

Zuckerverwender mahnen grundlegende und zügige  
Reform der EU-Zuckermarktordnung an

Endlich Wettbewerb im Zuckermarkt einführen

Vor dem Hintergrund der beendeten WTO-Verhandlungen mahnen die im InfoZentrum Zuckerverwender zusammengeschlossenen Unternehmen der Lebensmittel- und Getränkewirtschaft, die rund 80 Prozent des in der EU produzierten Zuckers verarbeiten, die zügige Reform der EU-Zuckermarktordnung im Rahmen des Midterm Review im Jahr 2003 an. Sie fordern die Bundesregierung auf, sich für Marktwirtschaft und Wettbewerb im Zuckermarkt einzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sieht das InfoZentrum Zuckerverwender als wesentliche Kernpunkte an:

\* Preissenkung für Weißzucker

\* Absenkung des EU-Außenschutzes

\* Aufhebung der Preis- und Mengenregulierung für alternative Süßungsmittel

Nur die Kombination von Preissenkung für Weißzucker einerseits und Absenkung des EU-Außenschutzes andererseits kann die notwendige Lenkungswirkung für die Einführung von Marktwirtschaft im Zuckersektor entfalten. "Ziel einer grundlegenden Reform im Jahr 2003 muss die Einführung von nationalem, europäischen und internationalen Wettbewerb im Zuckermarkt sein. Nur so kann eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in der zuckerverarbeitenden Ernährungswirtschaft in Länder außerhalb der EU verhindert werden", so Hans-Egbert Brinkmann, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der obst-, gemüse- und kartoffelverarbeitenden Industrie e.V.

Quotensenkungen allein hält das InfoZentrum Zuckerverwender für keinen geeigneten Reformansatz, da sie nur zu einer Zementierung der monopolartigen Strukturen in der Zuckerindustrie führen.

Die mehr als dreißig Jahre alte EU-Zuckermarktordnung steht unter starkem Druck: Sie ist Ursache für einen nicht funktionierenden EU-Wettbewerb, die Bildung von regionalen Monopolen der Zuckerindustrie und einen stark überhöhten Zuckerpreis. Die Zeche zahlen vor allem die Verbraucher, die nach Angaben des Europäischen Rechnungshofes jährlich 6,3 Milliarden € für Zucker zuviel ausgeben. Hinzu kommt, dass die zuckerverarbeitenden Industrien ihre Wettbewerbsfähigkeit im Export verlieren werden, wenn die im Agrarbereich festgelegten Verhandlungsziele der neuen WTO-Runde (Reduktion und Auslaufen der Exporterstattungen) ohne entsprechende Rohstoffpreissenkungen beim Zucker verwirklicht werden.

Entwicklungsländer beklagen die Behinderung des Welthandels und die Verzerrung des Weltmarktpreises für Zucker durch die Marktabschottung der EU. WTO-Verpflichtungen und die bevorstehende EU-Osterweiterung machen eine Reform der Zuckermarktordnung nun unumgänglich. Bis Anfang 2003 soll die EU-Kommission im Rahmen des sogenannten Midterm-Reviews Vorschläge zur Reform der Zuckermarktordnung vorlegen.

Die Einführung von Wettbewerb im Zuckersektor mit entsprechenden Preissenkungen käme vor allem auch den europäischen Verbrauchern zugute. Ebenso könnten die kostentreibenden Auswirkungen auf die EU-Steuerzahler, die in Wahrheit einen Teil der vermeintlich haushaltsneutralen Marktordnung aus dem EU-Agrarbudget finanzieren, vermieden werden. Bisher profitiert vom hohen EU-Interventionspreis vor allem die Zuckerindustrie. Auch Geldbußen in dreistelliger Millionenhöhe wegen rechtswidriger Kartellabsprachen konnten bislang die existierenden regionale Monopole nicht aufbrechen.

---

PRESSEINFORMATION Bonn, 25.05.2001

EU-Agrarminister verhindern eine Reform des EU-Zuckermarktes

Industrielle Zuckerverwender enttäuscht über Verlängerung der ungerechten Zuckermarktordnung

Am vergangenen Dienstag beschlossen die EU-Agrarminister, die umstrittene EU-Zuckermarktordnung um weitere fünf Jahre zu verlängern. Somit soll die veraltete Marktordnung noch bis Juli 2006 fortgeführt werden. Die Brüsseler Kommission hingegen hatte vorgeschlagen, die nächste Marktordnungsperiode von vornherein auf zwei Jahre zu befristen. Von der Zuckermarktordnung profitieren in erster Linie die Zuckerhersteller, die unter dem Schutz der Marktordnung mit garantierten Preisen kalkulieren können. Andere Marktbeteiligte wie z.B. Verbraucher und Zuckerverwender werden benachteiligt.

Zwar treten ab Juli 2001 kleinere Korrekturen der Zuckermarktordnung, wie zum Beispiel die Abschaffung der Lagerkostenbeihilfen und eine geringe Kürzung der Produktionsquote in Kraft, doch sind diese nach IZZ-Auffassung nur ein unzureichender Schritt. Mehr Wettbewerb und Chancengleichheit im Zuckermarkt gibt es deshalb vorerst nicht. "Mögliche weitere Preiserhöhungen seitens der Zuckerindustrie sind nicht gerechtfertigt, da bereits in der Vergangenheit die Kosten für die Lagerung in erster Linie von Zuckerverwendern und Verbrauchern aufgebracht wurden", so ein IZZ-Sprecher.

In den vergangenen Jahren sind außerdem mehrere Fälle wettbewerbswidriger Geschäftspraktiken auf dem EU-Zuckermarkt bekannt geworden. Das InfoZentrum Zuckerverwender IZZ wird in den kommenden Monaten verstärkte Aufmerksamkeit auf die Einhaltung kartellrechtlicher Bestimmungen legen.

Die betroffenen Nahrungsmittelunternehmen, die rund 80 Prozent des industriell gefertigten Zuckers verarbeiten, kritisieren die erneute einseitige Parteinahme der EU-Agrarminister für die Zuckerindustrie. Seit langem fordert das InfoZentrum Zuckerverwender, dass die geltende EU-Zuckermarktordnung auf ein Schutzniveau für die landwirtschaftliche Rübenproduktion zurückgefahren wird und die Zuckerindustrie Rationalisierungsgewinne und Produktivitätssteigerungen an ihre Abnehmer in der Weiterverarbeitung und die Verbraucher weitergibt. Im vergangenen Jahr wurden in der Europäischen Union 41 Prozent mehr Zucker produziert als verbraucht. Diese gewaltigen Überschüsse können nur mit Subventionen auf dem Weltmarkt verkauft werden. Gleichzeitig wird Zucker in der EU immer teurer, was darauf zurückzuführen ist, dass die Regeln des Wettbewerbs im Europäischen Zuckermarkt schon seit langem außer Kraft sind. Für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Lebensmittelhersteller stellen die hohen Binnenmarktpreise für Zucker im internationalen Handel einen deutlichen Nachteil dar.

---

PRESSEINFORMATION Bonn, 03.05.2001  
Zur Diskussion um die Zuckermarktordnung

Endlich Bewegung nach Jahren des Stillstandes?  
IZZ begrüßt Chance zur Reform im Rahmen des Midterm-Review 2002

Das InfoZentrum Zuckerverwender IZZ begrüßt die jüngste Äußerung der Bundesregierung zur Reform der umstrittenen Zuckermarktordnung.

Anders als ihr Vorgänger Funke hat sich Verbraucherministerin Renate Künast den Forderungen nach einer Reform der EU-Zuckermarktordnung angeschlossen. Bei der Sitzung der Agrarminister in der vergangenen Woche unterstützte die Verbraucherministerin den Vorschlag, die im Juli dieses Jahres auslaufende Zuckermarktordnung bis maximal 2004 zu befristen. Bis Ende 2002 müsse entschieden werden, wie die mehr als 30 Jahre alte Zuckermarktordnung reformiert werden könne. Auch hat sich die Bundesregierung jetzt für eine Einbeziehung der Zuckermarktordnung in die Halbzeitbewertung der Beschlüsse der Agenda 2000 ausgesprochen. Die Zuckerverwender sehen insbesondere in dem Beschluss, die Zuckermarktordnung in den Midterm-Review einzubeziehen, einen Ansatz, grundlegende Reformen einzuleiten.

Das InfoZentrum Zuckerverwender IZZ fordert seit langem, dass die geltende EU-Zuckermarktordnung auf ein Schutzniveau für die landwirtschaftliche Rübenproduktion zurückgefahren wird und die Zuckerindustrie Rationalisierungsgewinne und Produktivitätssteigerungen an ihre Abnehmer in der Weiterverarbeitung und die Verbraucher weitergibt.

Die Zuckermarktordnung führt seit Jahren zu einer Überproduktion von Zucker, die die Europäische Gemeinschaft nur mit hohen Erstattungen auf dem Weltmarkt absetzen kann. Entgegen den Behauptungen der Zuckerindustrie trägt sich diese Marktordnung nicht selbst, sondern wird vor allem von den Verbrauchern über erhöhte Zuckerpreise finanziert.

Trotz Überproduktion wird Zucker in der EU immer teurer, was darauf zurückzuführen ist, dass die Regeln des Wettbewerbs im Europäischen Zuckermarkt schon seit langem außer Kraft sind: In den meisten EU-Ländern ist die Zuckerquote in der Hand von wenigen Unternehmen und der Marktpreis bewegt sich seit Jahren etwa 10 Prozent über dem Interventionspreis. Das Ergebnis: Für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Lebensmittelhersteller stellen die hohen Binnenmarktpreise für Zucker im internationalen Handel einen deutlichen Nachteil dar.

Eine Einigung konnte im Agrarministerrat nicht erzielt werden, so dass die Zuckermarktordnung auf der nächsten Sitzung der europäischen Agrarminister im Mai erneut Thema der Diskussion sein wird. Die Fürsprecher der bisherigen Regelung hatten eine unveränderte Verlängerung der Zuckermarktordnung bis 2006 gefordert.

---

PRESSEINFORMATION Bonn, 11.04.2001

Zur Diskussion um die Verlängerung der Zuckermarktordnung

Politik sollte Reformwillen zeigen und den Grundsatz der Gleichbehandlung auf die Zuckerindustrie anwenden

IZZ: Keine einseitige Ausrichtung an den Interessen der Zuckerindustrie

Das InfoZentrum Zuckerverwender fordert die Bundesregierung auf, im Agrarministerrat Ende April für eine grundlegende Reform der EU-Zuckermarktordnung zu stimmen. Eine Verlängerung des jetzigen Rechtsrahmens sollte nach Auffassung des IZZ allenfalls bis Ende 2003 erfolgen - mit der gleichzeitigen Einbeziehung der Marktordnung in den so genannten Midterm-Review. Der Grundsatz der Gleichbehandlung müsse - so das IZZ - auch für die Zuckerindustrie gelten, die bisher gesetzlich vor Preiswettbewerb geschützt wird.

In der aktuellen Diskussion, ob die EU-Zuckermarktordnung bis 2003 oder 2006 verlängert werden soll, wird von seiten der Zuckerproduzenten oft mit der Gefahr der Einkommenseinbußen für Landwirte argumentiert, falls sie "nur" für weitere zwei Jahre gelten sollte. Dies verbunden mit der unausgesprochenen Forderung, der Staat bzw. die Steuerzahler sollten mögliche Einkommenseinbußen ausgleichen. Aus Sicht der zuckerverwendenden Unternehmen wird damit der Bruch zwischen dem planwirtschaftlichen System der Agrarpolitik und dem marktwirtschaftlichen der Lebensmittelherstellung mehr als deutlich: Kein Unternehmen, das im Wettbewerb steht, kann einen gesetzlichen Ausgleich für entgangene Einnahmen fordern, die aufgrund von Preisentwicklungen im Markt niedriger ausfallen als kalkuliert. Die zuckerverwendenden Unternehmen - ob mittelständische Konfitürenhersteller, ob Produzenten von Lakritzschnecken, Bonbons, Schokolade oder alkoholfreien Getränken - stehen alle unter Preis- und Wettbewerbsdruck, der allenfalls Gewinnmargen im einstelligen Bereich zulässt. Zucker ist in zahlreichen Produkten der größte Kostenfaktor - ohne dass preisliche Flexibilität auf der Rohstoffseite "Zucker" gegeben ist.

Hier sei die Frage erlaubt: Müßte der wettbewerbliche Grundsatz nicht zumindest auf den industriellen Teil der Zuckerwirtschaft übertragen werden? Müßten sich die großen Zuckerfabriken nicht an eine Preisbildung im Markt anstelle gesetzlich garantierter Mindestpreise gewöhnen können? Und dies besser früher als später - also ab 2004 und nicht erst ab 2007!

Mit Blick auf den Grundsatz der Gleichbehandlung besteht kein sachlicher Begründungszusammenhang, einen Zweig der Lebensmittelwirtschaft privilegiert zu behandeln, dessen überhöhte Gewinne sogar Zukäufe in andere Bereiche der Lebensmittelwirtschaft erlauben. Die Frage der EU-Zuckermarktordnung berührt daher weit mehr als die Sicherung von landwirtschaftlichen Einkommen, sie berührt die Frage der Glaubwürdigkeit von Wirtschaftspolitik und ordnungspolitischen Grundsätzen einer sozialen Marktwirtschaft.

EU-Kommission kommt europäischer Zuckerindustrie entgegen  
Industrielle Zuckerverwender:  
EU-Agrarpolitik im Zeichen der Zuckerlobby

Bereits im Oktober 2000 hatte die Europäische Kommission den Vorschlag gemacht, die 48 ärmsten Länder der Welt kurzfristig von sämtlichen Einfuhrzöllen der EU zu befreien. Nach Interventionen der europäischen Zuckerindustrie bei der Generaldirektion Landwirtschaft in Brüssel ist am 17. Januar 2001 u.a. für Zucker eine Schutzfrist von fünf Jahren bis mindestens Ende 2006 eingeräumt worden. Dies ist nach den reformfeindlichen Äußerungen des EU-Agrarministerrates zur EU-Zuckermarktordnung Ende Dezember 2000 der zweite Fall von massiver Parteinahme zugunsten der europäischen Zuckerindustrie. Hiergegen protestieren die zuckerverwendenden Branchen der Nahrungsmittelindustrie, die sich im InfoZentrum Zuckerverwender (IZZ) zusammengeschlossen haben.

Die Zollbefreiung der ärmsten Entwicklungsländer wäre ein erster Schritt zu einer EU-Markoliberalisierung gewesen. Dieser wurde von der Zuckerlobby bereits im Keim erstickt, obwohl fast alle diese Entwicklungsländer zurzeit Zucker importieren und kurzfristig gar nicht signifikant exportfähig wären. Entsprechend entsteht nun zunehmend Handlungsdruck bei der EU-Zuckermarktordnung, für deren Reform die EU-Agrarminister bisher noch keine Einigung erreicht haben: "Warum sollte die EU eine Marktordnung um fünf statt um zwei Jahre verlängern, wenn sie nach Berechnungen des Europäischen Rechnungshofes Verbraucher und Steuerzahler schon jetzt bis zu 15 Milliarden DM jährlich kostet?" fragt Andreas Stücke, Geschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke e.V. In der EU wurde im letzten Wirtschaftsjahr 41 Prozent mehr Zucker produziert, als verbraucht wurde, in Deutschland 58 Prozent. Diese Überschüsse werden mit Subventionen auf dem Weltmarkt verkauft. Dagegen ist EU-Zucker im Vergleich zum Weltmarkt fast dreimal teurer.

Nach Handelsblatt-Informationen vom 19. Januar 2001 sucht die Europäische Kommission inzwischen zudem nach Beweisen für Marktabsprachen und Kartellbildung in der deutschen und europäischen Zuckerindustrie. Stücke hält dies für einen weiteren Beleg dafür, dass sich Reformen nicht länger aufschieben lassen: "Unsere Industrien stehen im internationalen Wettbewerb, die Preise für den Rohstoff Zucker werden uns aber praktisch diktiert!". Die Erklärung dafür, wie der EU-Interventionspreis für Zucker zustande käme, blieb die Kommission bisher schuldig. In der Realität zahlen die Zuckerverwender trotz Überproduktion statt den von der EU vorgegebenen 127,50 DM bis zu 150 DM je 100 kg.

Inzwischen hat sich auch Bundesfinanzminister Eichel in Abstimmung mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Auswärtigen Amt für eine Reform der Zuckermarktordnung in zwei Jahren ausgesprochen. Nach dem Umbau des Landwirtschaftsministeriums erhoffen sich die Nahrungsmittelunternehmen, die 80 Prozent des Zuckers einsetzen, nun auch neue Impulse von der Verbraucherministerin Renate Künast.

Im InfoZentrum Zuckerverwender IZZ haben sich die deutsche Alkoholfreie-Getränkeindustrie, die Süßwarenindustrie, die obst-, gemüse- und kartoffelverarbeitende Industrie und das Backgewerbe zusammengeschlossen. Diese Branchen bieten mehr als 400.000 Menschen Beschäftigung und erwirtschafteten 1999 mit rund 78 Mrd. Umsatz etwa zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Sie setzen sich für eine Reform der seit 1968 bestehenden und nicht mehr zeitgemäßen EU-Zuckermarktordnung ein.